

# DIAS-Analyse

Nr. 44 • Oktober 2010

Norbert Marek

Pierre-Frédéric Weber

Prädispositionen

polnischer Außenpolitik

Russland – Polen – Deutschland

[www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.  
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität  
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

**Norbert Marek. Pierre-Frédéric Weber**

Norbert Marek

geb. 1975, Doktorand an der RWTH Aachen, Institut für Politische Wissenschaft.

Norbert Marek ist erreichbar unter [Norbert.Marek@rwth-aachen.de](mailto:Norbert.Marek@rwth-aachen.de).

Pierre-Frédéric Weber

geb. 1980, Doktor der Universität Paris III – Sorbonne Nouvelle in Zeitgeschichte, Visiting Professor an der Universität zu Szczecin (Polen).

Pierre-Frédéric Weber ist erreichbar unter [weberpf17@yahoo.fr](mailto:weberpf17@yahoo.fr).

Norbert Marek, Pierre-Frédéric Weber, Prädispositionen polnischer Außenpolitik. Russland-Polen-Deutschland, DIAS-Analyse Nr. 44, Oktober 2010  
Düsseldorf, Oktober 2010

Herausgeber  
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.  
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität  
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

[www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)

© 2010, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vom Ende zur Rückkehr der Geschichte?.....</b>	<b>1</b>
<b>Dehistorisierung und Rehistorisierung im Verhältnis zu Deutschland .....</b>	<b>2</b>
<b>Russlandkomplex: Geschichtspolitischer Zusammenprall.....</b>	<b>4</b>
<b>Polnische Ostpolitik im Kontext der EU .....</b>	<b>7</b>
<b>Polnische Sicherheitspolitik: Spagat zwischen USA und EU? .....</b>	<b>10</b>
<b>Fazit und Ausblick: Herbst 2007 – eine Wende in der polnischen Außenpolitik? .....</b>	<b>12</b>
<b>Literaturhinweise .....</b>	<b>14</b>

# Prädispositionen polnischer Außenpolitik.

## Russland-Polen-Deutschland

### Vom Ende zur Rückkehr der Geschichte?

Ein Rückblick auf das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, vor allem aber auf die Jahre 2005-2009 macht deutlich, dass sich die Außen- und Sicherheitspolitik Polens wie auch anderer ostmitteleuropäischer Staaten durch das verstärkte Zurückgreifen auf neo-geopolitische Überlegungen auszeichnet (Krejčí 2005). Dies hängt zum Teil mit der Renaissance der Geopolitik als Erklärungsvariable in den Internationalen Beziehungen zusammen (Kagan 2008; Khanna 2008), lässt sich jedoch nicht allein darauf beschränken. Die Art und Weise, auf die Warschau in jüngster Zeit versuchte, die Europapolitik in ihren verschiedenen Teilaspekten zu beeinflussen und mit zu gestalten, leitete sich von Polens Selbstperzeption als europäische Mittelmacht ab, wie sie für außenpolitische Entscheidungsträger aus den Reihen der Nationalkonservativen spezifisch waren (und sind). Diese Selbstwahrnehmung beruht auf einem starken, zum Teil eher vom romantischen Messianismus des 19. Jahrhunderts gespeisten Sendungsbewusstsein. Infolgedessen stünde es Polen zu, aufgrund seiner tragischen historischen Erfahrungen mit den Diktaturen, wegweisend für die Solidarität in Europa zu handeln: Europa solle eine „offene Gesellschaft“ sein, die die Souveränität jedes einzelnen Mitgliedstaates respektiere. „Die polnische Nation wird vor allem durch ihre Vergangenheit definiert, wobei die Schlüsselbegriffe ‚Martyrium‘, ‚Opfer‘, ‚Helden‘ oder ‚Kampf‘ sind“ (Gostmann 2007: 379).

Ostmitteleuropäische Entscheidungsträger bedienen sich nicht selten bei der Formulierung der politischen Staatsräson bzw. des Nationalinteresses neogeopolitischer Figuren, die ihre Denkweise über die Außen- und Sicherheitspolitik widerspiegeln. Damit werden im Diskurs die kulturellen und historischen Faktoren berücksichtigt, die in der Ausformulierung der außenpolitischen Schwerpunkte implizit und explizit gelten. Malinowski (2005: 95-119) betont in seiner vergleichenden Kurzstudie zur polnischen und deutschen Sicherheitspolitik die Notwendigkeit der historischen Determinanten als Erklärungsvariable:

„Ganz allgemein gesagt, geht es hier um kollektive Meinungen zur Sicherheitspolitik, also um die Position eines Staates im internationalen System, die von ihm ausgemachten Hauptbedrohungen sowie die entsprechenden Schutzmaßnahmen, um die Suche nach einer Antwort auf die Frage, wer als Gegner anzusehen sei und wer als Partner und Verbündeter, sowie nach den jeweiligen Gründen, und im engeren Sinne geht es auch um die politischen Aspekte eines Militäreinsatzes. Dieses Konzept setzt die Erkundung der Konstruktionsweisen nationaler Sicherheitsinteressen voraus, wobei das Phänomen der Einwirkung spezieller, historisch geformter Muster fokussiert wird [...]“ (Malinowski 2005: 95).

Demzufolge werden die entscheidenden Elemente der polnischen sicherheits- und außenpolitischen Kultur nach 1989 durch unterschiedliche und dennoch komplementäre Charakteristika gekennzeichnet, die als „Dispositionen“ beschrieben werden (Malinowski 2005: 99). Mouritzen schlägt in seiner Studie über die Positionierung der EU-Staaten im Kontext des Irakkrieges den Terminus „Prädisposition“ vor. Die Prädisposition ist ein Ergebnis der historischen und gegenwärtigen politischen Erfahrungen, die mit den politischen bzw. wirtschaftlichen Vorteilen in Hinblick auf die mögliche Entwicklung und künftige Stellung des Staates innerhalb des internationalen Systems verflochten bleiben (2006: 137-163).

Der Begriff „Disposition“ oder „Prädisposition“ akzentuiert damit eine Handlungsalternative und birgt das Potenzial, die sicherheits- und außenpolitischen Motive und Handlungsoptionen aufzuzeigen. Die Dispositionen sind aber nicht als statische, sondern als dynamische Determinanten zu klassifizieren. Demzufolge ergibt sich die polnische Sicherheitssuche aus folgenden Prämissen:

- die Beibehaltung der Einbindung Deutschlands innerhalb des euroatlantischen Systems (laut K. Malinowski die „deutsche Disposition“);
- die Verhütung einer Konzessionspolitik im Verhältnis zu Russland und in Bezug auf Ostmitteleuropa („Jalta-Disposition“);
- die Vorbeugung einer russischen Dominanz über Polen und Europa („russische Disposition“);
- die Sicherung des euroatlantischen Bündnisses mit den USA („Entente-Disposition“).

Die Namen der gewählten Dispositionen weisen auf die Vergangenheit, also auf die historische Erfahrung: die Entente als Erinnerung an den Ersten Weltkrieg, Jalta als Trauma des Zweiten Weltkriegs. Russland und Deutschland fungieren dabei als relativ stabile Gefährpotenziale. Doch gerade ein vergleichender Blick auf das Verhältnis zu eben diesen beiden, für Polen in Geschichte und Gegenwart so wesentlichen Nachbarn zeigt, dass sich die polnische Außen- und Sicherheitspolitik weder nur durch neorealistiche noch ausschließlich durch sozialkonstruktivistische Theorieelemente erklären lässt. Die Einbeziehungen der identitätsstiftenden und historischen Elemente, die das Verhältnis Polens zu den direkten Nachbarn bis jetzt prägen, wie auch die Berücksichtigung der strukturellen Rahmenbedingungen, die mit der Mitgliedschaft in der NATO und EU assoziiert werden, stellen wichtige Verständnis- und Orientierungspunkte für die Analyse der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik dar. Obwohl im vorliegenden Aufsatz auf eine theoretisch systematische Analyse verzichtet wird (vgl. Prizel 1998, Dunn; Zaborowski 2003, Longhurst; Zaborowski 2007, Fürst 2008, Ziemer 2009), befasst sich der vorliegende Beitrag mit den vorhandenen Brüchen und Kontinuitätsmomenten der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik in den vergangenen fünf Jahren. Die außenpolitischen Konsequenzen der Machtübernahme durch die nationalkonservative Regierungskoalition unter der Führung von Ministerpräsident Kazimierz Marcinkiewicz (2005-2006) und Jarosław Kaczyński (2006-2007) führten mehrmals zu Spannungen zwischen Polen und (in-)direkten Nachbarn. Mit der Etablierung der Regierungskoalition der liberalkonservativen Bürgerplattform unter dem Ministerpräsident Donald Tusk (seit 2007) wurde eine wesentliche Änderung der politischen Vorgehensweise, sowohl innen- wie auch außenpolitisch, wahrgenommen. Dennoch stellt sich die berechtigte Frage, inwieweit man von einer Änderung des politischen Stils, der diplomatischen Vorgehensweise oder aber der außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten sprechen kann. Es wird zunächst das doppelte Verhältnis zu Deutschland und zu Russland beleuchtet. Besondere Beachtung verlangen des Weiteren die ost- und sicherheitspolitischen Komplexe im europäischen bzw. euroatlantischen Kontext. Schließlich wird eine Antwort auf die einführende Problemstellung gesucht.

## **Dehistorisierung und Rehistorisierung im Verhältnis zu Deutschland**

Der Beitritt zur NATO (1998) und zur EU (2004) sollte in Polen laut damaliger Aussagen maßgebender polnischer Politiker und Kommentatoren eine neue Ära der Außenpolitik herbeiführen. Mit der Losung „ein starkes Polen in einem starken Europa“ setzte der damalige polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski (1995-2005) neue Akzente, die der nunmehr gesicherten Lage Polens in Europa entsprachen. Zum ersten Mal in seiner Geschichte musste Polen nicht mehr vor militärischer Gefahr bangen; innerhalb der EU waren die Bedingungen geleistet, um mit den anderen für Warschau wichtigen Partnern „ebenbürtig“ zu diskutieren und mitzubestimmen, also nicht mehr bloß als Antragsteller aufzutreten.

In den deutsch-polnischen Beziehungen ließ sich die Geschichte, sprich der historische Erfahrungswert allerdings nicht so einfach aufräumen. Der gemeinsame Wille zur endgültigen Normalisierung durch Entpolitisierung, „Dehistorisierung“ und Europäisierung, wie er für die Versöhnungspolitik der 90er Jahre charakteristisch war, scheiterte bereits vor den polnischen

Wahlen vom Herbst 2005 an einer besonders starken Rückkehr der Geschichte unter anderem durch Geschichtspolitik (Lang 2005: 19). Somit erschöpfte sich der seit 1989/90 gängige Diskurs der einst vom polnischen Außenminister Krzysztof Skubiszewski herbeigewünschten „deutsch-polnischen Interessengemeinschaft“ (Urban 1990). Historische Determinanten bewiesen ihre Dauerhaftigkeit in etablierten Denk- bzw. Perzeptionsschemata, auf welche die polnische Außenpolitik unter der Führung der nationalkonservativen Regierungsparteien – *Recht und Gerechtigkeit* (PiS), *Liga der Polnischen Familien* (LPR), *Selbstverteidigung (Samoobrona)* – zurückgriff. Einerseits dienten diese Muster als Filter, durch den das europapolitische Verhalten Deutschlands rezipiert und seine Intentionen interpretiert wurden, andererseits lieferten sie der polnischen Außenpolitik die Argumente, mit denen sie auf die so vermuteten deutschen Positionen zu reagieren beabsichtigte.

Die deutsch-polnischen Beziehungen zeichneten sich im vergangenen Jahrzehnt besonders durch eine *Rückkehr der Geschichte* aus. Polens Entscheidungsträger beobachteten mit Sorge und Unbehagen den neuen Umgang der Deutschen mit dem Gedenken ihrer Opfer des Zweiten Weltkriegs, seien es die Einwohner bombardierter deutscher Großstädte (Dresden, Hamburg, Berlin und anderer) oder die Vertriebenen aus den ehemals deutschen Ostgebieten. Es wurde besonders von nationalkonservativer Seite der politischen Landschaft Polens der Bundesrepublik unterstellt, an die Stelle der wahren Opfer des Zweiten Weltkriegs treten und seine grundsätzliche Kriegsschuld verwischen zu wollen. Geschürt wurden die polnischen Leidenschaften durch zwei deutsche Initiativen: Einerseits sorgte seit Dezember 2000 die Gründung der „Preußischen Treuhand GmbH & Co KGaA“, obgleich ohne staatliche Förderung bzw. Unterstützung, für ein Wiederaufflammen der polnischen Ängste um die Westgebiete („Oder-Neiße-Komplex“). Der Anspruch der Treuhand, Entschädigung für den von Deutschen verlorenen Besitz jenseits von Oder und Neiße einzufordern, beeinträchtigte dauerhaft die deutsch-polnischen Beziehungen. Im September 2004 reichte das polnische *Sejm* (Abgeordnetenhaus) eine Resolution an den polnischen Staatspräsidenten A. Kwaśniewski ein, die im Inhalt ein Junktim zwischen der deutschen Initiative und der polnischen Gegenforderung nach Kriegsentschädigungen verlangte: Sollte die Treuhand nicht von ihren Absichten ablassen, so würde der polnische Staat im Gegenzug mit dem Argument der Kriegsreparationsleistungen drohen. Die nächste Etappe war 2005 die Gründung einer stark antideutschen und streng nationalkonservativen „Polnischen Treuhand“ mit Wohlwollen Lech Kaczyńskis, unter Führung der PiS-Senatorin Dorota Arciszewska-Mielewczyk (Christ: 2006). Die Polnische Treuhand, die sich als Hüter des Rechts enteigneter Polen versteht (ob durch das Dritte Reich *oder* durch die Sowjetunion), unternahm bis jetzt zwar keine rechtlichen Schritte gegen Deutsche bzw. Deutschland, formulierte allerdings im Dezember 2006 den Wunsch nach einer Neuverhandlung des deutsch-polnischen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991.

Das etwa zeitgleich entstandene Projekt der Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen (September 2000) auf Initiative der Vorsitzenden des Bunds der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, löste ähnliche Debatten aus. Bald kam es im deutsch-polnischen Verhältnis diesbezüglich zu einer Zuspitzung, die der ohnehin antideutsch gesinnten PiS-Führung für innenpolitische Zwecke eher zuträglich war. Trotz Schlichtungs- und Erläuterungsversuchen vonseiten der rot-grünen Koalition, später etwas differenzierteren Stellungnahmen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (FAZ 2005) konnte die kontinuierliche Verschlechterung des bilateralen zwischenstaatlichen Verhältnisses nicht aufgehalten werden. Da half auch die Suche nach akzeptablen Alternativen durch herausragende polnische Persönlichkeiten (beispielsweise Adam Michniks und Adam Krzemińskis europäisches Zentrumsprojekt in Wrocław) nicht. Aufgrund der Instrumentalisierung der deutsch-polnischen Diskussion über die traumatischen Kapitel der gemeinsamen Geschichte (Madajczyk 2002) kam es zur Eskalation, die schließlich mit der so genannten „Kartoffel-Affäre“ einen Höhepunkt erreichte: In dieser überempfindlichen Stimmung wurde aus einer nicht verstandenen Satire vonseiten der *taż* (siehe Köhler 2006, Attacke gegen Präsident L. Kaczyński) ein politisch brisanter Zwischenfall. Die chronischen Blockaden im bilateralen deutsch-polnischen Verhältnis trugen außerdem stark zur

anschließenden *de facto*-Stilllegung des Weimarer Dreiecks (Deutschland, Frankreich und Polen) bei.

Seitdem die schwarz-gelbe Koalition in Deutschland im Herbst 2009 die Regierung übernommen hat, und zumal die PO (*Bürgerplattform*) in Polen weiterhin den Ministerpräsidenten stellt (Donald Tusk), ist es um das deutsch-polnische Verhältnis still geworden: Bei nach wie vor regem wirtschaftlichem Austausch (mit durchschnittlich 24% deutschen Anteils am polnischen Außenhandel für das Jahr 2008) und trotz Ausbleiben einer einstimmigen Meinung zum Vorhaben des BdV, scheint zur Zeit kein wirklicher politischer Dialog zwischen Berlin und Warschau vorhanden zu sein; beide sind vor allem mit innenpolitischen Angelegenheiten beschäftigt. Es herrscht, so könnte man behaupten, ein Verhältnis der freundlichen Gleichgültigkeit.

## Russlandkomplex: Geschichtspolitischer Zusammenprall

Im Kontext der polnisch-russischen Beziehungen stellt sich die Problematik der Geschichte noch komplizierter dar. Tatsächlich ist nämlich auf beiden Seiten nicht die gleiche Bereitschaft erkennbar, sich mit der Geschichte im Rahmen der möglichen Versöhnungspolitik auseinander zu setzen, trotz der politisch artikulierten Interessen bei der Etablierung der bilateralen „Kommission für schwierige Fragen“ [*Komisja do spraw trudnych*]. Bei der Definierung des aktuellen russischen Nationalinteresses spielt für Moskau wie auch für Warschau die Geschichte eine besondere Rolle, allerdings unterscheidet sich prinzipiell die Vorgehensweise. Für Polen wird die Geschichte als einen Schlüssel zum Verstehen der Gegenwart und als wichtige Orientierungshilfe zur Projektion der Zukunft verstanden. Demzufolge versucht Polen, sich von der „Last der Vergangenheit“ zu lösen, um die Wege für die Zukunft neu zu definieren. Russland wiederum sieht in der Geschichte ein wichtiges Element der eigenen Identität (Eberhardt 2006: 116), das die vergangene Rolle einer globalen Macht wiederzubeleben erlaubt (vgl. Afanasjew 2009). Diese Sichtweisen erlangen eine Relevanz sowohl bei der Formulierung der außenpolitischen Beziehungen mit den baltischen und kaukasischen Staaten, mit der Ukraine, Moldawien als auch in der außen- und sicherheitspolitischen Positionierung gegenüber den ostmitteleuropäischen Staaten (konkret: Mitspracherecht in der Sicherheitspolitik, NATO-Beitritt, Stationierung der amerikanischen NMD-Elemente in Polen und in der Tschechischen Republik).

Die Normalisierung kann aber nur dann erfolgen, wenn die historische Asymmetrie keine konkurrierende, sondern eine komplementäre Sichtweise für bestimmte geschichtliche Ereignisse bietet, die das gesamte Bild des pluralistischen historischen Gedächtnisses der europäischen Völker konstruiert (vgl. Wilke 2009). Dies ist zurzeit jedoch nicht ersichtlich.

Bis jetzt sorgen in den polnisch-russischen Beziehungen diametral unterschiedliche Interpretationen von drei geschichtlichen Ereignissen, die mittlerweile mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegen und aus historiographischer Perspektive längst als beantwortet gelten, für Irritationen: a) die angebliche Mitverantwortung Polens für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges; b) die Frage nach der Verantwortung der Sowjetunion für den Mord von knapp 15.000 polnischen Offizieren in Katyń und c) die Bewertung des Jalta-Abkommens. Die offiziellen russischen Stellen im Außenministerium und im Präsidentenamt, wie auch gelegentlich in den regierungstreuen Medien, propagieren die Idee der historischen Verantwortung der polnischen Außenpolitik in den 1930er Jahre als die Ursache für den Beginn des Zweiten Weltkrieges. Polen, die baltischen Staaten und Großbritannien (sic!) werden als alliierte Staaten dargestellt, die mit Deutschland nach 1933 eng kooperierten. Der deutsch-polnische Nichtangriffspakt von 1934 solle eine geheime Zusammenarbeit zwischen Berlin und Warschau einleiten, deren Ziel in der Annektierung des russischen Teils von der Ukraine und der allgemeinen Zusammenarbeit gegen die Sowjetunion bestanden hätte (Menkiszak; Dubas 2009: 2-4). Der Pakt Ribbentrop-Molotow und die nach dem 17. September 1939 daraus resultierende

Teilung Polens zwischen Moskau und Berlin werden in der russischen Wahrnehmung als einziger Ausweg zur Erhaltung des Friedens auf dem europäischen Kontinent dargestellt, wie es auch der Chef der russischen Präsidentenamtes Sergej Naryschkin behauptet (Lesser 2009: 5). Der Einmarsch der sowjetischen Truppen ins östliche Polen war in dieser Logik ein Akt der Verteidigung der Bevölkerung Polens (PAP 2009). Verschwiegen wird in diesem Zusammenhang die Annektierung der baltischen Staaten<sup>1</sup>.

In der fragwürdigen Annahme, dass die russische „Intervention“ in Ostpolen 1939 einen „friedlichen“ Charakter hatte, passt dennoch das Massaker an den polnischen Offizieren 1940 in Katyń nicht ins Bild. Russland hat sich lange jeglichen Klärungsversuchen konsequent widersetzt. In der seit 1990 andauernden Untersuchung hat die Moskauer Militärstaatsanwaltschaft 2004 das Verfahren eingestellt, ohne eine rechtliche Qualifizierung der Katyń-Massaker vorzunehmen. Außerdem wurde trotz der früheren politischen Bekundungen zur Bereitschaft, die polnische Seite ausführlich zu informieren, der polnische Anspruch auf Akteneinsicht abgelehnt. Das oberste Gericht in Russland bestätigte im Januar 2009 die Entscheidung der Moskauer Militärstaatsanwaltschaft. Im Zuge der Flugzeugkatastrophe in Smolensk (10.04.2010) revidierte Moskau allerdings die bisherige Haltung hinsichtlich Katyńs. Präsident Medwedew exemplifizierte sie als ein Fall der Geschichtsfälschung und forderte die Veröffentlichung der Archivmaterialien (Medwedew 2010). Die russische Staatsanwaltschaft hatte im Mai 2010 erneuert die Wiederaufnahme des Katyń-Prozesses abgelehnt, allerdings hatte die russische Duma gleichzeitig einen politischen Rehabilitierungsprozess für die Katyń-Opfer von 1944 angekündigt. Der formale Unterschied zwischen gerichtlicher und politischer Rehabilitierung hat vor allem eine Auswirkung im zivilrechtlichen Bereich. Die polnischen Familien von Katyń-Opfer haben aber seit der Aufnahme des Prozesses im Jahr 1990 stets das Interesse an einer moralischen und nicht zivilrechtlichen Rehabilitierung betont (Wojciechowski, Radziwinowicz 2010).

Der dritte Punkt des geschichtlich motivierten Streits betrifft die Auswertung des Jalta-Abkommens. Für Russland beruht die Interpretation von Jalta lediglich auf der positiven Rolle des sowjetischen Engagements im Kampf gegen Nazideutschland; so steht auch die Bewertung der Folgen von Jalta der polnischen bzw. europäischen historischen Perzeption diametral entgegen. Moskau will die Jalta-Konferenz als ein Ergebnis verstehen, auf dessen Grundlage „ein freies, unabhängiges und demokratisches Polen entstehen konnte“, wie es in der offiziellen Stellungnahme des Informations- und Mediendepartements des russischen Außenministeriums formuliert wurde (Gniazdowski 2006: 239).

Problematisch und risikoreich erscheint aber nicht so sehr das verzerrte Bild der Geschichte, das die für die Außen- und Sicherheitspolitik verantwortliche russische Elite zu forcieren versucht, sondern die Instrumentalisierung der geschichtlichen Ereignisse. Der russische Außenminister Sergej Lawrow zog vor kurzem in seinem Gastbeitrag für „Rossijskaja Gazieta“ sicherheitspolitische Parallelen zwischen der Situation am Ende der 1930er Jahre und der Gegenwart. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges sei ein Element des Versagens der westeuropäischen Mächte (Frankreich und Großbritannien) und der einzelnen ostmitteleuropäischen Staaten in Hinblick auf die Etablierung eines umfassenden kollektiven Sicherheitssystems gewesen, das auch die Sowjetunion hätte einbeziehen müssen. Auf die Gegenwart übertragen bedeutet dies, dass die Staaten der NATO/EU die Position Russlands nicht ignorieren sollten, und ein Sicherheitssystem zu etablieren wäre, das Russland und russische Interessen beachten würde (Lawrow 2009a). Wie dies in Polen interpretiert wurde, soll es praktisch zur Anerkennung ausschließlich russischer Einflüsse in den früheren Staaten der Sowjetunion führen; Ostmitteleuropa wiederum müsste als „demilitarisierte Sphäre“ etabliert werden. Die westlichen Staaten hätten nämlich bereits in den 1990er Jahren einen

---

<sup>1</sup> Bis jetzt hat Moskau die zwangsmäßige Angliederung von Litauen, Lettland und Estland nie als Missbrauch des Völkerrechts anerkannt.

<sup>2</sup> Knapp 95% der polnischen Erdölimporte kommen aus Russland. Vergleichbar sieht dies auch in Hinblick auf die Gaslieferungen aus. Der polnische Gasimport beträgt knapp 65% aus Russland und 26% aus den zentralasiatischen Staaten. Vor dem Hintergrund, dass die Lieferungen aus Zentralasien über die von Gazprom kontrollierte Gesellschaft RosUkeEbergo geliefert werden, kann man praktisch von keiner Differenzierung der polnischen Energielieferungen sprechen.



schwerwiegenden Fehler begangen, so Lawrow im Juni 2009 in der Sitzung der OSZE, als sie den Weg zu einer sicherheitspolitischen Expansion statt zu einer kollektiven Sicherheitskooperation gewählt und somit die russische Interessensphäre in Osteuropa signifikant beschnitten hätten (Lawrow 2009b). In diesem Kontext ist ersichtlich, dass mit einem Widerstand vor allem der baltischen Staaten und Polens gegen ein solches von Moskau favorisiertes Modell des „kollektiven Sicherheitssystems“, in dem Moskau die Stellung eines „co-chairman of the Western club“ (Kagan 2008: 17) annehmen würde, zu rechnen ist.

Die Rhetorik, derer sich Moskau auch bei anderen Gelegenheiten, so etwa in den russisch-tschechischen Beziehungen bedient (Kratochvíl; Cibilková; Beneš 2006), stellt kein Novum dar. Problematisch ist aber ihre Verwendung als ein Instrument, mit Hilfe dessen das Geflecht der internationalen Beziehungen gestaltet werden soll, also ihre Verbindung mit praktischen Schritten in der Außenpolitik. In diesem Kontext stellen viele Beobachter der russischen Innen- und Außenpolitik die berechtigte Frage, ob der induzierte Zusammenhang zwischen dem Versuch einer geschichtlichen Umschreibung und der politischen Isolierung der baltischen Staaten und Polens – die mit dem Prädikat der Russophobie versehen werden (Menkiszak 2009: 3) – nicht allzu vereinfachend wirkt.

Es stellt sich für die politischen Akteure die wichtige Frage nach einem passenden Vorgehen: Soll die Geschichte noch eine wichtige Rolle bei der Definierung der gegenwärtigen Beziehungen spielen? Lawrow schlug kurz nach der erneuerten Verstimmung im Kontext der russisch-georgischen Konflikts Warschau vor, die pragmatische Seite zu betonen, allerdings gegen den Verzicht auf „Einmischung“ in Fragen der Demokratieentwicklung und –konsolidierung in den postsowjetischen Republiken und die Ausblendung der historischen Implikationen (vgl. Lawrow 2008). Unabhängig von vergleichbaren Moskauer Stimmen mangelte es dennoch nicht an polnischen Positionen, die einen rhetorischen Rückzug zugunsten einer pragmatischeren Haltung bevorzugen. Die auf der historischen Dimension basierende Außenpolitik stieß nämlich relativ schnell auf eigene Grenzen und erwies sich in weiterer Perspektive als unzulänglich:

„Die jetzige Qualität der amerikanisch-japanischen Beziehungen wäre nie möglich gewesen, wenn die Amerikaner die Japaner stets an Pearl Harbor erinnert und die Japaner das Gleiche im Falle Hiroshima und Nagasaki getan hätten. Wenn normale und freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Israel möglich sind, warum sollte dann ein vergleichbares Modell der polnisch-russischen Beziehungen nicht aufgebaut werden können, das sich an die Zukunft zu orientieren hätte?“ (Bieleń 2005: 5).

Es stellt sich damit für Polen die prinzipielle Frage, ob die Fortsetzung des „historischen Dialogs“ sinnvoll erscheint. Wenn die Antwort positiv ausfällt, lautet die weitere Frage, so wie sie der frühere polnische Botschafter in Moskau und Außenminister Stefan Meller ausformulierte: „Wie soll man mit Russland sprechen?“ (vgl. Meller 2008). Bis jetzt scheint diese Frage auf der politischen Ebene – unabhängig von der parteipolitischen Ausrichtung der Regierung – in Warschau unbeantwortet zu bleiben. Im Weiteren bleibt offen, inwieweit die Versöhnung zwischen Moskau und Warschau nach dem 10.04.2010 wahrscheinlicher wird. Die polnische Gesellschaft und die politische Elite Polens registrierten eine enorme emotionelle Solidarität der russischen Gesellschaft und politischen Klasse Russlands im Zusammenhang mit dem Flugzeugunglück bei Smoleńsk. Die politischen Gesten der höchsten Repräsentanten des russischen Staates schafften eine einzigartige Atmosphäre des neuen Vertrauens, was sich in einer intensiveren Kooperation und im politischen Dialog niedergeschlagen kann. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in Polen (4.07.), infolge dessen die regierende Bürgerplattform einen eigenen Präsidenten aufstellt, bietet damit die Chance, den von der Tusk-Regierung eingeschlagenen Weg einer schrittweisen Annäherung zwischen den beiden Staaten und Gesellschaften fortzusetzen und künftig zu intensivieren.

## Polnische Ostpolitik im Kontext der EU

Was die Europapolitik betrifft lässt sich das Hauptproblem aus Sicht der Regierung Jaroslaw Kaczyńskis und vor allem der PiS folgendermaßen definieren: Seit der Wieder- bzw. Neuvereinigung Deutschlands handelt Bonn/Berlin selbstbewusster, woraus sich die Tendenz einer deutschen Vormachtstellung im erweiterten Europa ablesen kann.

Von der Gewichtung der Stimmen im EU-Rat hängt unmittelbar der Einfluss Polens im Vergleich zu größeren Ländern ab. Dabei sorgt zuerst Deutschland für Misstrauen in Warschau. Weisen die institutionellen Fragestellungen auf europapolitische Ziele für die Zukunft, so beruhen sie jedoch auf einer sehr stark vergangenheitsorientierten Interpretation der Gegenwart. In Hinblick auf Deutschland führte diese Haltung zu wiederholten Ausführungen, in denen die Angst vor der deutschen Gefahr heraufbeschworen wurde. Interessant ist dabei die Tatsache, dass selbst entschiedene *Post*antikommunisten wie die Brüder Kaczyński zu Parolen griffen, die viel eher zur Zeit Bieruts oder Gomulkas gängig waren. Diese spezifische Sprache, auf Polnisch manchmal als „gomulszczyzna“ bezeichnet, artikulierte sich während des Kalten Kriegs im ideologischen Kampf gegen Westdeutschland um ein paar Grundbegriffe wie „Revanchismus“ und „Revisionismus“.

Im Kontext der laufenden Debatten um die Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen wiederholten sich in den Jahren 2005-2009 auf polnischer Seite kritische Stellungnahmen. Selbst nachdem die PiS abgewählt wurde, blieb ihr antideutscher Diskurs präsent; so gab eine Aussage der CDU dem damaligen polnischen Präsidenten L. Kaczyński Anfang Juni 2009 die Gelegenheit in Szczecin (ehemals Stettin) an der Odermündung rhetorisch seinen Zweifeln an Deutschlands endgültiger Anerkennung der Oder-Neiße-Linie Ausdruck zu geben: Es werde „das moralische Recht der Polen untergraben, auf den Westgebieten zu leben“, scheute sich Lech Kaczyński nicht zu behaupten (GW 2009a).

Im europapolitischen Kontext wurde der moralische Wert der Geschichte auch hervorgehoben, als Regierungschef J. Kaczyński zuvor im Juni 2007 meinte, als Wiedergutmachung für den von Deutschland verschuldeten, polnischen Bevölkerungsverlust im Zweiten Weltkrieg sollte die EU-Stimmverteilung zugunsten Polens revidiert werden, indem man die Opfer in der Berechnung berücksichtige: „Ohne sie hätte das Land heute schließlich eine Bevölkerung von 66 Millionen [sic!]“ (Spiegel 2007).

Nicht so offensichtlich präsent war der deutsche Faktor vielleicht hinsichtlich der EU-Ostpolitik. Allerdings lässt sich auch hier der Bezug auf Deutschland eruieren. Indem sich die polnische Regierung nämlich aufgrund der Geschichte auf bestimmte Erfahrungen berief, aufgrund welcher Polen in der Gestaltung der EU-Nachbarschaftspolitik nach Osten eine besondere Rolle zuteilwerden sollte, ging es gleichzeitig darum, Deutschland als traditionellen Macht- und Einflussfaktor in Ostmitteleuropa auszuspielen. Deshalb versuchte Polen, sich – übrigens ähnlich wie bereits während der „Orangen Revolution“ in der Ukraine (November 2004 – Januar 2005) – im Rahmen der Georgienkrise (August 2008) als Sprecher einer noch zu erfindenden EU-Ostpolitik zu profilieren. Die aktive Mitgestaltung der östlichen EU-Politik impliziert aber zwangsweise weitgehende Schwierigkeiten Polens mit Moskau. Die „polnische Ostpolitik“ gehört nämlich zum Bereich, in dem „strukturelle Interessendivergenz“ zwischen Moskau und Warschau herrscht (Eberhardt 2008: 142f.). Roman Kuźniar bezeichnet diesbezüglich den Konflikt zwischen Moskau und Warschau als *einen Streit um die ukrainische Seele* (Kuźniar 2007). Kagan sieht z.B. die Ukraine und Georgien als „a battleground between forces supported by the West and forces supported by Russia“ (Kagan 2008: 72). Die Grundlage für den fundamentalen Dissens zwischen beiden Staaten resultiert aus dauerhaft angelegten, konkurrierenden außen- und sicherheitspolitischen Interessen, die durch punktuelle wirtschaftliche Konflikte und unterschiedliche Interpretationen der Geschichte ergänzt werden. Der erste Komplex der widersprüchlichen Interessen bezieht sich auf die außenpolitische Orientierung der Ukraine und die innenpolitischen Demokratisierungstendenzen innerhalb der früheren sowjetischen Republiken (besonders der Ukraine, Weißrusslands, Moldawiens). Die russische Vision der

Ukraine unterscheidet sich diametral von der polnischen Vorstellung, indem Moskau die Ukraine als einen „immanenten Teil der russischen Zivilisation betrachtet (Pieklo 2009: 6), für dessen Erhaltung jegliche Mittel – so wie seit geraumer Zeit die jeden Winter wiederkehrende Drohung mit Abbruch der Gaslieferungen – berechtigt erscheinen. Daher war es auch nicht verwunderlich, dass Russlands unmittelbare Reaktion auf den Sieg der Befürworter der Orangen Revolution eine Verdreifachung des Gaspreises war und gleichzeitig sämtliche Öllieferungen aus Kasachstan in die Ukraine unterbunden wurden (Khanna 2008: 61).

Als Grenzstaat der NATO und der Europäischen Union ist Polen naturgemäß an der Stabilisierung der Region interessiert und hegt Hoffnungen auf einen demokratischen Wandel in Weißrussland sowie auf die Konsolidierung des politischen Systems in der Ukraine, die in einer langfristigen Perspektive zu einer institutionellen Kooperationsform oder einer formellen Mitgliedschaft in der EU führen sollte. Bronisław Komorowski, damals noch polnischer Sejmmarschall (PO), unterstrich das strategische Interesse Polens an der Ukraine mit dem Verweis auf die historischen Erfahrungen, die die polnisch-ukrainische Gemeinschaft schicksalhaft verbinden. Dies entspricht unabhängig von der ideologischen Ausrichtung der polnischen Parteien einem politischen Mainstream:

„Die unabhängige Ukraine bleibt ein strategischer Partner Polens. [...] Die polnische politische Idee sowie die historische Erfahrung Polens zeigen, dass zwischen dem ukrainischen und dem polnischen Schicksal eine starke Verbindung besteht [...]. Polen soll die Ukraine auf ihrem Weg in die EU und in die NATO konsequent unterstützen“ (Kaczyński 2008: 69).

Um dem exklusiv polnisch-russischen Charakter des Streits um die Zukunft der Ukraine zu entkommen, sind die polnischen politischen Eliten bemüht, die Thematik in einem breiteren, europäischen, wenn nicht in einem zivilisatorischen Kontext darzustellen. Dies erlaubt die Behauptung, dass das polnische Interesse an der Ukraine nicht gegen Russland gerichtet ist. Adam Rotfeld, früherer Außenminister in der Belka-Regierung (2005), betonte im Kontext der polnischen Beziehungen mit der Ukraine und Russland, dass das polnische Engagement in der Ukraine von dem Motiv der Unterstützung fundamentaler Werte geleitet werde, und nicht ein Interessenspiel darstelle:

„Die Beziehungen Russlands mit den demokratischen westlichen Institutionen sollen kein Null-Summen-Spiel sein. Die Modernisierung Osteuropas und die perspektivische Integration der Ukraine, Moldawiens und auch Weißrusslands mit den euroatlantischen und europäischen Institutionen sind im gemeinsamen Interesse des demokratischen Russlands und des Westens“ (Rotfeld 2005).

Mit der polnisch-schwedischen Initiative „Östliche Partnerschaft“, die im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik forciert und schließlich während der tschechischen EU-Präsidentschaft (Januar-Juni 2009) formalisiert wurde, verband Polen seine eigene östliche Außenpolitik, deren Hauptziele bereits vor dem EU-Beitritt formuliert worden waren. Dass es diesbezüglich in Warschau zu Fehleinschätzungen der deutschen Prioritäten kommen konnte, zeigt Deutschlands positive Reaktion auf dieses Projekt einer „Osteuropaunion“. Die Regierung Merkel war dem Projekt von Anfang an wohlgesonnen und an dessen Verwirklichung interessiert (de-pl.info 2008) Für die EU bleibt insgesamt die östliche Außenpolitik jedoch insofern problematisch, als sie die Union vor der fundamentalen Frage stellt, ob die Gemeinschaft bereit ist, Russlands Außenpolitik in Hinblick auf die Ukraine wie auch eventuell auf weitere östliche Staaten einzudämmen (vgl. Khanna 2008: 56) und die Perspektive einer Erweiterung des „EU-Imperiums“ nach Osten anzubieten (vgl. Zielonka 2007). Russland ist bewusst, dass ohne die Ukraine sein eigener Traum vom europäischen Neoimperium, wie es Khanna formulierte, nicht möglich sei. Daher betrachten die gegenwärtigen Entscheidungsträger in Moskau die Ukraine als „nahes angrenzendes Gebiet“ und nehmen sie nicht als souveränes Ausland wahr (Khanna 2008: 61).

Die größte Divergenz zwischen Polen und Deutschland im Verhältnis zu Russland betrifft die europäische Nachbarschaftspolitik (ENP). Berlin versteht die ENP trotz der notwendigen

Differenzierung in Hinblick auf die Instrumente und Vorgehensweisen viel inklusiver. Damit wird der Versuch einer schrittweisen Einbindung Russlands impliziert, die in der Logik eines „Wandels durch Verflechtung“ eingebettet ist. Warschaus Haltung ist wiederum historisch motiviert und leitet sich aus der allgemeinen Positionierung mittel- und osteuropäischer Staaten gegenüber autoritären Regierungssystemen ab. Die westeuropäischen Partner, Deutschland teilweise eingeschlossen, verfügen nicht über die Erfahrung der sowjetischen Besatzung und betrachten Russland überwiegend als einen wirtschaftlich interessanten und, trotz der sporadisch auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, aufnahmefähigen Absatzmarkt. Gelegentlich wird Russland, wie der Konflikt im Irak verdeutlichte, von den wichtigen EU-Staaten (Frankreich, Deutschland) als möglicher Partner zur Ausbalancierung der amerikanischen Dominanz in der Weltpolitik eingeschätzt (Bielen 2005: 2). Diese Auffassung wird von Warschau sehr kritisch hinterfragt. Daher will Warschau ein ostpolitisches Exklusionsparadigma aufrechterhalten und die Beziehungen mit den früheren sowjetischen Republiken (der Ukraine, Weißrussland, Moldawien) *im Kontext* der Europäischen Union problematisieren. Parallel dazu wird versucht, die Beziehungen der Europäischen Union zu Moskau nicht auf der gleichen Ebene zu gestalten wie deren Beziehungen zu den restlichen osteuropäischen Staaten. Durch die steigende Verdichtung der Beziehungen mit den direkten Nachbarstaaten Polens erhofft sich Warschau den Beginn eines „Europäisierungsprozesses“, der in einer langfristigen Perspektive zur Minderung der russischen Einflüsse führen würde (vgl. Buras 2007: 27).

Allerdings hat das unmittelbare Interesse Polens an der Ukraine nach der Stichwahl von Februar 2010 und dem Amtsantritt des neuen, pro-russischen ukrainischen Staatspräsidenten Wiktor Janukowytsch eher nachgelassen, da sich die neugewählte Führungsriege viel stärker an Russland orientiert und den westlichen bzw. europäischen Vektor der Außenpolitik weniger betont (Savin; Stein 2010). Ein Zeichen dafür insbesondere Kiews Desinteresse an der NATO sowie seine Zusage vom 21. April 2010 zu einer Verlängerung des laufenden Vertrags mit Moskau über die Stationierung der russischen Flotte im Sewastopol (bis 2042). Auch in der Kaukasuspolitik Polens sind seit den polnischen Präsidentschaftswahlen neue Töne zu vernehmen, selbst wenn sich nichts Grundlegendes an den Prioritäten (Stabilisierung und Demokratisierung der postsowjetischen Staaten) geändert haben sollte. Komorowski distanzierte sich allerdings von seinem Amtsvorgänger, indem er dem georgischen Staatspräsidenten Micheil Saakaschwili deutlich zu verstehen gab, dass die polnische Außenpolitik nicht einfach im Dienste der georgischen Russlandpolitik stehen könne – ein Signal, das jedoch von Moskau überinterpretiert worden ist (Newsweek 2010).

Blickt man nun auf den Bereich der Energiepolitik, so zwingt sich das Beispiel der geplanten russisch-deutschen Pipeline auf. Das Projekt löste vonseiten des damaligen Außenministers Radoslaw Sikorski im Frühling 2006 einen beinahe reflexartigen Schrei der Entrüstung aus, in dem sogar in übertriebener Steigerung der Vergleich zum Ribbentrop-Molotow-Pakt verwendet wurde. Die öffentlich beteuerte, persönliche Freundschaft zwischen Wladimir Putin und Gerhard Schröder verschlechterte noch die polnische Perzeption (Kloth 2006). Die Nord Stream Pipeline wurde in mehreren Punkten während der Regierungszeit der nationalkonservativen Koalitionsregierung kritisiert: Es wurde dadurch eine nachhaltige Ausschaltung Polens befürchtet, da von Anfang an weder die baltischen Staaten noch Polen von Deutschland und Russland konsultiert worden waren. Dies bestätigte in der Wahrnehmung der politischen Entscheidungsträger sowohl in der Regierung als auch in der Opposition eine gewisse Dosis von Überheblichkeit und Paternalismus vonseiten Deutschlands (Buras 2007: 24) und zeigte eine Solidaritätsdichotomie zwischen den politischen Bekundungen Berlins und seiner tatsächlichen Interessenpolitik. Als Ausweg schlug die polnische Regierung vor, die Problematik der Energielieferung durch einen „Pakt der Musketiere“ zu europäisieren. Dies zielte primär darauf ab, die Energielieferungen zu sichern und die Energiequellen zu diversifizieren. Der Energiepakt ging von der Prämisse aus, dass in den Fragen der Energiesicherung eine Form der Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten zu erwarten sei; daher sollte der Pakt in seiner Konstruktion dem NATO-Solidaritätsprinzip angeglichen werden, was durch die Angst vor der Monopolstellung

der russischen Konzerne und der damit verbundenen möglichen Bedrohung der Energiesicherheit bedingt war (Buras 2007: 20). So sehr die polnischen Befürchtungen vor dem Hintergrund einer starken Abhängigkeit von Rohstoffimporten aus Russland nachvollziehbar erschienen<sup>2</sup>, die Idee scheiterte letztendlich an den zu stark auseinander klaffenden wirtschaftlichen wie politischen Interessen der wichtigsten EU-Staaten.

Der neue russische Vorstoß zum gemeinsamen Bau eines Atomkraftwerks (AKW) im Kaliningrader Gebiet, mit der Option zur Beibehaltung von 49% der Aktien durch Polen, scheint zwar in der energiewirtschaftlichen Kategorie interessant zu sein (GW 2010), allerdings löst dies das prinzipielle Problem der hohen Bezugsabhängigkeit Polens von Russland nicht. Darüber hinaus, was in wirtschaftspolitischer Hinsicht wichtiger erscheint, würden dadurch die vorhandenen AKW-Baupläne in Polen zunichte gemacht.

## Polnische Sicherheitspolitik: Spagat zwischen USA und EU?

In der Wahrnehmung der westlichen Staaten wurden Polen und andere ostmitteleuropäische Staaten wiederholt als „trojanische Pferde“ der USA in Europa perzipiert. Polen gehörte bereits seit dem Anfang der Transformation zu den Ländern, die neben den baltischen Staaten die stärkste Affinität zur amerikanischen Sicherheitspolitik demonstrierten. Die anfänglich sehr distanzierte Haltung bei der Formulierung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und das Engagement im Irak-Krieg bestätigten teilweise die Befürchtungen in Paris und während der rot-grünen Regierungskoalition in Berlin über die Amerikanisierung der europäischen Außenpolitik. Die polnische Beteiligung im Irak kann aber in zweifacher Weise interpretiert werden: einerseits als die Suche nach einer verstärkten Position Polens in der ostmitteleuropäischen Region („*Polen als regionale Macht*“) und andererseits als die Reaktion auf die intensive Annäherung zwischen Moskau und Berlin/Paris („*continental balancing*“). Zusätzlich wurden in Warschau mit Besorgnis härtere Töne aus Berlin von der rot-grüne Koalition zum Verhältnis zu den USA registriert, die als Schwächung der atlantischen Beziehungen gedeutet wurden. Warschau versprach sich durch einen „Schulterschluss mit Washington“ vor allem die Aufrechterhaltung des amerikanischen Engagements in Europa, das als Garantie gegen die verstärkten *neoimperialistischen Tendenzen Moskaus* (vgl. Afanasjew 2005) gesehen wurde.

Daher herrschte auch ein breiter innenpolitischer Konsens hinsichtlich des amerikanischen Vorschlags zur Installierung amerikanischer Elemente der *Missile Defence* in Polen. Zwischen den zwei größten politischen Parteien, PiS und PO, stellte sich nämlich nicht die Frage, *ob* man die Platzierung der NMD Elemente akzeptieren sollte, sondern die Differenz betraf die Frage nach potenziellen amerikanischen Gegenleistungen. Falls es zu einer tatsächlichen Stationierung des Raketenabwehrschildes in Polen kommen sollte, sahen beide Parteien aber, dass dies eine neue Qualität der polnischen Stellung innerhalb der NATO bedeuten würde. Die neue Qualität implizierte in der Überzeugung L. Kaczyńskis einen endgültigen Abschied von der Konzeption einer „grauen Sicherheitssphäre“, d.h. eines Gefälles zwischen den alten und neuen NATO-Mitgliedstaaten (Kaczyński 2009).

Die polnischen – wie auch tschechischen – Pläne zur Installierung der *Missile Defence* führten zu erneuerten Verstimmungen zwischen Warschau und Moskau. Russland hatte mehrmals seit Ende 2005 immer drastischer auf der verbalen Ebene die Ablehnung zur Stationierung der GBI-Abfangraketen in Polen und der Radarstation in Tschechien bekundet, damit argumentierend,

<sup>2</sup> Knapp 95% der polnischen Erdölimporte kommen aus Russland. Vergleichbar sieht dies auch in Hinblick auf die Gaslieferungen aus. Der polnische Gasimport beträgt knapp 65% aus Russland und 26% aus den zentralasiatischen Staaten. Vor dem Hintergrund, dass die Lieferungen aus Zentralasien über die von Gazprom kontrollierte Gesellschaft RosUkeEbergo geliefert werden, kann man praktisch von keiner Differenzierung der polnischen Energielieferungen sprechen. Ausführlicher bei Wyciszkiewicz 2008: 5-55.

dass die Raketen und die eventuelle Stationierung US-amerikanischer Soldaten in beiden Ländern schlechthin gegen Moskau gerichtet seien, und Washington dadurch seine Hegemonialmacht in Ostmitteleuropa zum Nachteil von Russland ausbauen wolle (vgl. Koziej 2008: 12-15; Zachara; Michnik 2008: 88; Waszczykowski 2008: 25-30).

Der Streit um die Stationierung der NMD Elemente verdeutlichte die widersprüchlichen Wahrnehmungen der bestehenden Gefahr. Obwohl die USA und Polen einen möglichen antirussischen Charakter der Stationierung des Raketenabwehrsystems auf dem polnischen Territorium gleich zu Beginn der offiziellen Verhandlungen bestritten hatten, kam es paradoxerweise gerade im Schatten des Georgienkonflikts zur tatsächlichen Unterzeichnung des polnisch-amerikanischen Abkommens. L. Kaczyński sprach von der Notwendigkeit einer verstärkten militärischen Kooperation zwischen den USA und Polen auch im Kontext der polnischen Befürchtungen:

„Ich plädiere für den Raketenabwehrschild nicht deshalb, weil ich daran glaube, dass der Iran eine nukleare Attacke ausüben wird, oder dass der Schild ein Mittel im Kampf gegen Russland darstellt, sondern deshalb, weil der Schild die amerikanische Aufmerksamkeit auf diese Region fördert. Im Interesse meines Landes liegen enge Beziehungen mit den Vereinigten Staaten. [...] [Ich] weiß, in welchem Ausmaß der Schild Polen schützt: dadurch, dass er uns die Gewissheit gibt, dass die Amerikaner nicht gleichgültig gegenüber russischen Versuchen bleiben werden, uns in ihre Einflussphäre einzubeziehen“ (Kaczyński 2008).

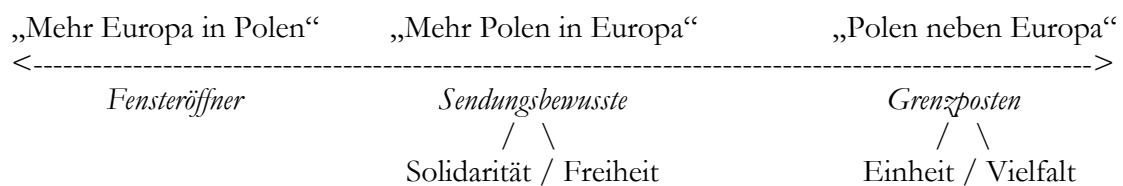
Dennoch lässt sich der NMD, wie es die russische Seite behauptet, ein ausschließlich antirussischer Charakter nicht zuschreiben. Trotz anfangs scharfen Tönen vonseiten Moskaus sorgte die Ankündigung der Stationierung von 196 *Patriot*-Raketen bis Ende 2010 auf polnischem Boden in der Nähe von Morąg (70 Km von der Grenze zu Kaliningrad) für keine weiteren, öffentlichen polnisch-russischen Debatten (vgl. Spiegel 2010). Das NMD-Projekt in Polen ist allerdings ein weiterer Beweis für das bestehende – historisch bedingte – Misstrauen gegenüber der russischen Außenpolitik und das noch vorhandene Gefühl der Unsicherheit gegenüber den bestehenden Garantien in Rahmen der NATO.

Die von der nationalkonservativen Regierung vorgeschlagene Bilateralisierung der polnischen Sicherheit im Rahmen der Beziehungen zwischen Washington und Warschau sollte einen Ausweg für die sicherheitspolitische Unsicherheit liefern. Mit der Änderung der amerikanischen Strategie von der Obama-Administration, sowie mit der stärkeren Akzentuierung der „Europäisierung“ der polnischen Sicherheitspolitik durch die konservativ-liberale Regierung von Donald Tusk zeigte sich die lediglich auf geschichtlichen Implikationen basierte Sicherheitspolitik jedoch als nicht mehr tragfähig. Der neueste Vorstoß in der Intensivierung der ESVP, die auf eine gemeinsame französisch-polnische Initiative zurückgeht (Pawlicki 2009), stellt für Polen eine attraktive Alternative dar, sich von der Fixierung der polnischen Sicherheitspolitik auf Washington zu befreien und eine intensivere Rolle im Rahmen der ESVP zu spielen. Polen und Frankreich, wie es in der Gemeinsamen Deklaration von Paris heißt, erheben den Anspruch, in der Avantgarde der Staaten zu sein, die neue Ideen und Lösungen für Europa anbieten wollen (Déclaration 2009). Ob diese Neuorientierung nur ein Reflex nach einer gewissen Enttäuschung in der Entwicklung zwischen den USA und Polen ist, oder ob dahinter eine langfristige sicherheitspolitische Perspektive vorhanden ist, wird wohl erst in nächster Zeit deutlicher werden. Bis jetzt bleibt die französisch-polnische Zusammenarbeit in diesem Bereich allerdings gering. Es ist aber nicht anzunehmen, dass die Intensivierung der polnischen Aktivitäten innerhalb der ESVP durch die Kooperation mit Paris parallel zu einer Vernachlässigung der Beziehungen mit den USA führt. In der Überzeugung von Warschau ist und bleibt der „amerikanische Faktor“ ein wichtiges Garantieelement in der allgemeinen polnischen Sicherheitspolitik unter anderen aufgrund der potenziellen Schwierigkeiten mit Russland.

## Fazit und Ausblick: Herbst 2007 – eine Wende in der polnischen Außenpolitik?

Weiterhin bleibt unklar, inwieweit der besonders in Deutschland mit Zufriedenheit, Erleichterung und Hoffnung begrüßte Machtwechsel an der polnischen Regierung im Herbst 2007 tatsächlich eine tiefgreifende Veränderung der außen- und europapolitischen Ziele Polens mit sich brachte. Inwieweit wurde der nationalkonservative Flügel vom liberal-konservativen in den Entscheidungsinstanzen ersetzt? Durch den damaligen Staatspräsidenten verfügte die PiS bis zum Frühling 2010 über wichtige Hebel der polnischen Außenpolitik, so dass die Regierung D. Tusks nur teilweise das Sagen hatte. Paradoxerweise stellt aber die polnische Verfassung deutlich fest, dass für die Definierung und Durchführung der Außenpolitik die Regierung verantwortlich ist, was gelegentlich von L. Kaczyński indirekt in Frage gestellt wurde (Kołodziejczyk 2008). Beispielhaft dafür war der Brief einiger ehemaliger Präsidenten ostmitteleuropäischer Staaten an den neugewählten US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama, der Ängste in Bezug auf ein verspürtes Desinteresse der USA an Ostmitteleuropa zum Ausdruck brachte. Das Schreiben war von L. Kaczyński als dem einzigen amtierenden Präsidenten unabhängig von der Position der polnischen Regierung befürwortet worden (GW 2009b).

Das vorangehende Moment weist auf eine innenpolitische Erklärung hin. Einen weiteren ausschlaggebenden Faktor stellt aber das europapolitische Weltbild der PO. Gostmann unterscheidet in der polnischen politischen Landschaft drei Grundhaltungen zu Europa, von denen zwei sich in jeweils zwei Unterteilungen fächern lassen (2007: 376-381):



Auch die PO vertritt ein gewisses Sendungsbewusstsein, wobei sich diese Partei jedoch gelassener im Verhältnis zu Deutschland gebärdet. Die Sorge um Polens Platz in Europa unter den entscheidenden Akteuren ähnelt aber grundsätzlich dem von der PiS vertretenen Willen nach „mehr Polen in Europa“. Trotzdem liegt besonders im Auftreten mit den europäischen Partnern ein wesentlicher Unterschied zwischen PiS und PO; letztere zeigt sich viel offener und dialogbereit. Dies zeugt von Donald Tusks Absicht, Polen im Ton wieder salonfähig zu machen. So lässt sich sowohl im Verhältnis zu Russland als auch zu Deutschland mehr Zurückhaltung beobachten (in letzterem Fall unlängst in Bezug auf Erika Steinbachs wiederholten Wunsch einer Teilnahme am Stiftungsrat für das geplante Zentrum gegen Vertreibung – Schuller 2009). Ein wichtiges Motiv der politischen „Rückkehr“ Warschaws nach Europa muss allerdings außerhalb der EU gesucht werden – im Verhältnis zwischen Polen und den USA; die Enttäuschungen der polnischen Hoffnungen, als privilegierter Juniorpartner von Washington auftreten zu können, spielten keine unwesentliche Rolle in der besonders seit 2008 verbuchten (Wieder-)Annäherung an die traditionellen europäischen Partner (Bosacki 2009).

Wie lässt sich dennoch das weiterhin verkrampfte Vorgehen Warschaws in Bezug auf Moskau interpretieren? Als ausschlaggebend erscheint hier die trotz jüngster Modernisierungserscheinungen noch stark postkommunistisch-autoritäre Gesellschaftsordnung in Russland, zu der die noch junge aber solide polnische Demokratie in weit größerer Entfernung steht als zu dem demokratischen und seit der Nachkriegszeit immer stärker „verwestlichten“ Deutschland. Immerhin gehören nun Polen und Deutschland ihrer folgenschweren Geschichte zum Trotz beide zur selben, auf Dialog gegründeten Europäischen Union sowie zur NATO. Ohne es bei klassischen, essentialistischen Äußerungen zum „Sonderfall Russland“ bewenden zu lassen, muss man doch erkennen, dass die Fortschritte im europäischen Integrationsprozess auch eine zunehmende Europäisierung der nationalen Interessen jenseits geschichtspolitischer

Differenzen bewirken; diese schlägt sich auf die polnische Außenpolitik im Verhältnis zu Deutschland immer deutlicher nieder. Gegen das postkommunistische, doch keineswegs postnationale und weiterhin stark imperialistisch orientierte Russland hingegen stemmt sich Polen nach wie vor. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen (04.07.2010) lässt statt der von der national-konservativen PiS bevorzugten *Emotionalisierung* der bilateralen Beziehungen eine Fortsetzung der *Politik des distanzierten Dialogs* erwarten. Die historisch bedingte Gestaltung der polnischen Beziehungen mit Moskau wird damit endgültig zugunsten einer pragmatischen Haltung aufgegeben, die jedoch innenpolitische Kraftverhältnisse berücksichtigen muss. Mit der asymmetrischen Kraft des Geschichtlichen wird jedenfalls klar: *noch* wirkt Russland anders.



## Literaturhinweise

Afanasjew, Jurij (2005): Groźna Rosja [= Gefährliches Russland], Warschau: Oficyna Naukowa.

Afanasjew, Jurij (2009): Kamienna Rosja, martwy lud [= Steiniges Russland, abgestorbenes Volk], in: Gazeta Wyborcza, 26.01.2009.

Bieleń, Stanisław (2005): O stosunkach polsko-rosyjskich [= Über die polnisch-russischen Beziehungen], in: Ekspertyzy i analizy pracowników ISM, Instytut Stosunków Międzynarodowych 9/2005, Warschau.

Bosacki, Marcin (2009): USA a my: coraz dalej [= Die USA und wir: immer weiter auseinander], in: Gazeta Wyborcza, 20.07.2009.

Buras, Piotr (2007): Gelingt Europa gemeinsam? Polens Europapolitik und die deutsche Ratspräsidentschaft. Zentrum für Internationale Beziehungen und Konrad-Adenauer-Stiftung, Warschau 2007.

Christ, Sebastian (2006): „Der Kampf mit den Deutschen geht weiter“, in: Spiegel, 4.02.2006.

Dunn, H. David; Zaborowski, Marcin (2003): Poland - A New Power in Transatlantic Security: A New Power in Transatlantic Security, London: Cass.

Déclaration commune sur la sécurité et la défense, Sommet Franco-Polonais, Palais de l'Élysée - Jeudi 5 novembre 2009 [= Gemeinsame Erklärung über Sicherheit und Verteidigung, Französisch-Polnisches Gipfeltreffen, Élysée-Palast - Donnerstag 5. November 2009], in: [http://www.elysee.fr/.../download/?mode=press&filename=091105declaration\\_defense\\_Sommet\\_franco-polonais.pdf](http://www.elysee.fr/.../download/?mode=press&filename=091105declaration_defense_Sommet_franco-polonais.pdf) (Zugriff am 20.11.2009).

Eberhardt, Adam (2006): Stosunki Polski z Rosją [= Beziehungen Polens mit Russland], in: Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej, 1 (2006) 114-129.

FAZ (2005): Merkel verteidigt Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.12.2005.

Fürst, Heiko (2008): Europäische Außenpolitik zwischen Nation und Union. Die Konstruktion des polnischen, rumänischen und ungarischen Diskurses zur GASP. Baden-Baden: Nomos Verlag.

Gniazdowski, Mateusz (2006): Kwestie historyczne w polskiej polityce zagranicznej [= Die historischen Fragenkomplexe in der polnischen Außenpolitik], in: Rocznik Polskiej Polityki Zagranicznej 1 (2006), 234-257.

Gostmann, Peter (2007): Fensteröffner – Sendungsbewusste – Grenzposten. Eine Typologie zur Repräsentation Europas und verschiedener europäischer Nationen im kulturellen Gedächtnis polnischer Parlamentarier, in: Bingen, Dieter; Loew, Peter Oliver; Wóycicki, Kazimierz (Hg.): Die Destruktion des Dialogs. Zur innenpolitischen Instrumentalisierung negativer Fremd- und Feindbilder. Polen, Tschechien, Deutschland und die Niederlande im Vergleich, 1900-2005, Wiesbaden 2007.

GW (2009a): Kaczyński, Jarosław: Niemcy podważają prawo Polaków do ziem zachodnich [= Deutsche stellen das Recht der Polen auf die Westgebiete in Frage], in: *Gazeta Wyborcza*, 4.06.2009.

GW (2009b): Prezydent popiera apel do Obamy i przestrzega przed Rosją [= Präsident unterstützt Appell an Obama und warnt vor Russland], in: *Gazeta Wyborcza*, 16.07.2009.

GW (2010): Rosja do Polski: zbudujmy razem elektrownię atomową [=Russland zu Polen: Lasst uns gemeinsam ein Atomkraftwerk bauen], in: <http://wyborcza.pl>, (Zugriff am 10.07.2010).

Kaczyński Maciej P. (2008): *Polska polityka zagraniczna z lat 2005-2007: co po konsensie?* [= *Polnische Außenpolitik 2005-2007: was kommt nach dem Konsens?*] Warszawa: Instytut Spraw Publicznych.

Kagan, Robert (2008): *The Return of History and the End of Dreams*, London: Atlantic Books

Khanna, Parag (2008): *Der Kampf um die zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung*, Berlin: Berlin Verlag.

Kloth, Hans Michael (2006): *Polnischer Minister poltert gegen Schröder und Merkel*, in: *Spiegel*, 30.04.2006.

Köhler, Peter (2006): *Polens neue Kartoffel*, in: *taz*, 26.06.2006.

Kolodziejczyk, Krzysztof (2008): *Oceniamy rząd Tuska* [= *Bewertung der Regierung Tuska*], in: *Gazeta Lubuska*, 8.11.2008.

Komorowski, Bronisław (2005): *Ukraina i Polska jako strategiczni partnerzy* [= *Die Ukraine und Polen als strategische Partner (Vortrag gehalten am 4.07.2005 in Kiew)*], zitiert nach Kaczyński, Maciej P.: *Polska polityka zagraniczna w latach 2005-2007: co po konsensusie?*, Warszawa, 2008.

Koziej, Stanisław (2008): *Amerykańska obrona przeciwrakietowa: Kontekst globalny, europejski i polski* [= *Der amerikanische Verteidigungsraketenabwehrschild. Globaler, europäischer und polnischer Kontext*]. Internetskript, in: <http://www.koziej.pl> (Zugriff am 1.11.2009).

Krejčí, Oskar (2005): *Geopolitics of the Central European Region. The View from Prague and Bratislava*, Bratislava: Veda, Publishing House of the Slovak Academy of Science.

Kratochvíl, Petr; Cibulková, Petra; Beneš, Vit (2006): *Foreign policy, rhetorical action and the idea of otherness: The Czech Republic and Russia*, in: *Communist and Post-Communist Studies* 39 (2006) 497-511.

Kuźniar, Roman (2008): *Droga do wolności. Polityka zagraniczna III Rzeczypospolitej* [= *Der Weg zur Freiheit. Außenpolitik der Dritten Republik (Polen)*], Warszawa: Wydawnictwo Adam Marszałek.

Lang, Kai-Olaf (2005): *Czas na nowy realizm. Perspektywy stosunków polsko-niemieckich w Unii Europejskiej* [= *Zeit für einen neuen Realismus. Perspektiven für die deutsch-polnischen Beziehungen in der Europäischen Union*], in: *Dialog* (Berlin) 2005, Nr. 69-70.

Lawrow, Sergej (2008): *Bierście przykład z Rosji i uznajcie realia* [= *Nehmt euch an Russland ein Beispiel und erkennt die Realität*], in: *Gazeta Wyborcza*, 10.09.2008.

Lawrow, Sergej (2009a): Статья Министра иностранных дел России С.В.Лаврова „Трагедия Второй мировой“: кто виноват? [= Artikel des russischen Außenministers S.W. Lawrow: „Die Tragödie des Zweiten Weltkriegs“: Wer ist schuldig?], in: Российская газета, 1.09.2009, <http://www.ambadarusije.org.rs/ru/pr/09/016.php> (Zugriff am 2.11.2009).

Lawrow, Sergej (2009b): Statement by Mr. Sergey Lavrov, Minister for Foreign Affairs of the Russian Federation, at the opening Session of the OSCE Annual Security Review Conference, Vienna 23 June 2009, in: [http://www.osce.org/documents/cio/2009/06/38332\\_en.pdf](http://www.osce.org/documents/cio/2009/06/38332_en.pdf) (Zugriff am 2.11.2009).

Lesser, Gabriele (2009): Die Polen sind geknickt, in: Badische Zeitung von 01.09.2009.

Longhurst, Kerry; Zaborowski, Marcin (2007): *The New Atlanticist: Poland's Foreign and Security Priorities: Poland's Foreign and Security Policy Priorities*, London: Chatham House Blackwel.

Madajczyk, Piotr (2002): Polsko-niemieckie dyskusje o historii [= Deutsch-polnische Diskussionen über Geschichte], in: *Rocznik polsko-niemiecki* 10 (2001/2002), 35-70.

Malinowski, Krzysztof (2005): Die polnische und die deutsche Sicherheitskultur und ihre Wandlungen, in: Bingen, Dieter; Wolff-Powęska, Anna (Hg.): *Nachbarn auf Distanz. Polen und Deutsche 1998-2004*, Wiesbaden: Harrassowitz, 95-119.

Meller, Stefan (2008): Jak rozmawiać z Rosją [= Wie soll man mit Russland sprechen?], in: *Polski Przegląd Dyplomatyczny* 41 (2008) 1, 27-32.

Medwedew, Dimitri (2010): Katyń to przykład fałszowania historii [= Katyń ist ein Beispiel der Geschichtsfälschung], in: *Gazeta Wyborcza*, 07.05.2010.

Menkiszak, Marek; Dubas, Agata (2009): Rosyjska kampania historyczna [= Russische Kampagne zur Geschichtsschreibung], in: *Tydzień na Wschodzie, Biuletyn Analityczny OSW*, 103 (2009) 28, 2-4.

Menkiszak, Marek (2009): Międzynarodowe cele rosyjskiej kampanii historycznej [= Internationale Ziele der russischen Kampagne zur Geschichtsschreibung], in: *Tydzień na Wschodzie. Biuletyn Analityczny* 104 (2009) 29, 2-3.

Mouritzen, Hans (2006): *Choosing Sides in the European Iraq Conflict: A Test of New Geopolitical Theory*, in: *European Security* 15 (2006) 2, 137-163.

Newsweek (2010): „Komorowski pokazał Gruzji, gdzie jest jej miejsce“. Rosjanie się cieszą [„Komorowski hat Georgien auf seinen Platz zurückgewiesen“. Russen freuen sich], in: <http://www.newsweek.pl> (Zugriff am 27.08.2010).

PAP [Polnische Presseagentur] (2009): Polska w krucjacie historycznej przeciwko Rosji [= Polens geschichtspolitischer Kreuzzug gegen Russland], in: *Wprost* 20.08.2009, <http://www.wprost.pl/ar/?O=169639> (Zugriff am 2.11.2009).

Pawlicki, Jacek (2009): Pakt Tusk-Sarkozy [= Der Pakt Tusk-Sarkozy], in: *Gazeta Wyborcza*, 5.11.2009, [http://wyborcza.pl/1,75248,7222434,Pakt\\_Tusk\\_\\_\\_Sarkozy.html](http://wyborcza.pl/1,75248,7222434,Pakt_Tusk___Sarkozy.html) (Zugriff am 5.11.2009).

Piekło, Jan (2009): Rosja w kryzysie a sen o imperium – polska perspektywa [= Russland in der Krise und der Traum vom Imperium – polnische Perspektive], in: *Analizy i Opinie* 95/2009, Instytut Spraw Publicznych, Warschau, <http://www.isp.org.pl/> (Zugriff am 2.11.2009).

Polen für Osteuropa-Union, in: *Point. Kalendarz polsko-niemiecki. Deutsch-polnischer Kalender*, 26.05.2008. Online: <http://www.de-pl.info/de/page.php/article/1109> (Zugriff am 6.08.2009).

Prizel, Ilya (1998): *National Identity and Foreign Policy: Nationalism and Leadership in Poland, Russia and Ukraine*. Cambridge: Cambridge University Press.

Rotfeld, Adam (2005): Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2005 roku [= Information des Außenministers zu den Aufgaben der polnischen Außenpolitik 2005], in: *Sprawozdania stenograficzne z posiedzeń Sejmu RP IV kadencji*: <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata4.nsf> (Zugriff am 1.11.2009).

Savin, Kyril; Stein, Andreas (2010): Einhundert Tage Präsidentschaft von Wiktor Janukowytsch, in: *Ukraine Nachrichten*, 11.06.2010, <http://www.ukrainenachrichten.de/artikel/2515/einhundert-tage-praesidentschaft-von-wiktor-janukowytsch> (Zugriff am 7.07.2010).

Schuller, Konrad: Causa Steinbach. Organisiertes Schweigen in Polen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.11.2009.

Spiegel (2007): Gipfel-Krach. Kaczyński fordert Anrechnung von Millionen Kriegstoten in EU-Stimmenstreit, in: *Spiegel*, 21.06.2007.

Spiegel (2010): Polen stationiert Raketen an der russischen Grenze, in: *Spiegel*, 20.01.2010.

Troebst, Stefan (2006): *Vertreibungsdiskurs und europäische Erinnerungskultur. Deutsch-polnische Initiativen zur Institutionalisierung. Eine Dokumentation*, Osnabrück 2006.

Urban, Thomas (1990): Skubiszewski: „Konfrontation mit Bonn beenden“. Der Außenminister plädiert für eine deutsch-polnische "Interessengemeinschaft", in: *Süddeutsche Zeitung*, 4.04.1990.

Vetter, Reinhold (2009): Halbzeitbilanz der Regierung Tusk, in: *Polen-Analysen Nr. 62*, S. 2-8, <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen62.pdf> (Zugriff am 1.12.2009).

Waszczykowski, Witold (2008): Tarcza nad Polską? [= Ein Schild über Polen?], in: *Obserwator* 1 (2008) 1, 20-33.

Wilke, Manfred (2009): Europa różnych pamięci [= Das Europa der verschiedenen Erinnerungen], in: *Tygodnik Powszechny*, 3.06.2009.

Wojciechowski, Marcin; Radziwinowicz, Waclaw (2010): Rehabilitacja dla ofiar Katynia [= Rehabilitierung für Katyń-Opfer], in: *Gazeta Wyborcza* 01.06.2010.

Wyciskiewicz, Ernest (2008): Rosyjski sektor naftowo-gazowy – uwarunkowania wewnętrzne i perspektywy rozwoju [Der russische Gas- und Erdölsektor. Innere Voraussetzungen und Entwicklungsperspektiven], in: Ders. (Hg.): *Geopolityka rurociągów. Współzależność energetyczna a stosunki międzypaństwowe na obszarze postsowieckim* [= Geopolitik der

Pipeline. Energieabhängigkeit und zwischenstaatliche Beziehungen im postsovietischen Gebiet], Warschau: Polski Instytut Spraw Międzynarodowych.

Zachara, Malgorzata; Michnik, Wojciech (2008): Tarcza antyrakietowa i polska suwerenność [= Raketenabwehrschild und polnische Souveränität], in: Znak 636 (2008) 85-94.

Zielonka, Jan (2007): Europe as Empire. The Nature of the Enlarged European Union, Oxford: Oxford University Press.

Ziemer, Veronica (2009): Zwischen Europa und Amerika: Polens Außen- und Sicherheitspolitik nach 1989, Wiesbaden: VS Verlag.

---

## DIAS-Analysen

- 1 Rainer Winkler  
Die Irak-Krise im Bundestagswahlkampf 2002 August 2003
- 2 Rouven Klein  
Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP): Finalität europäischer Integration und Projekt dauerhaften Friedens. Eine Konzeption auf der Grundlage der Zivilisierungstheorie von Dieter Senghaas Oktober 2003
- 3 Michaela Hertkorn  
Warum die deutsch-amerikanischen Beziehungen von zentraler Bedeutung für das atlantische Bündnis sind: Deutschlands theoretische Rolle in der Mitte Europas (auch in Englisch erschienen) November 2003
- 4 Heiko Borchert  
Linking Corporate Governance with Good Governance: An Increasingly Important Foreign Policy Task Dezember 2003
- 5 Heiko Borchert / Daniel Maurer  
Comeback, Toolkit, or Dissolution? Five Scenarios for NATO's Future Januar 2004
- 6 Marc Houben  
Operations in Iraq. The New Face of International Crisis Management Juli 2004
- 7 Michaela Hertkorn  
Why German-US Relations Still Matter to the Transatlantic Alliance. One Year After the War in Iraq August 2004
- 8 Dimitrios Argirakos  
Die Bush-Doktrin November 2004
- 9 Babak Khalatbari / Marc Lauterfeld  
Under Full Sail in a Millenium of Migration? Enlargement in the East and "Push and Pull Factors" in the South November 2004
- 10 Babak Khalatbari / Marc Lauterfeld  
Ein libysches Märchen aus 1001 Nacht. November 2004
- 11 Dustin Dehéz / Babak Khalatbari  
Die regionale Dimension der Globalisierung. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft Februar 2005
- 12 Marwan Abou-Taam  
Die Psychologie des Terrors – Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft Februar 2005
- 13 Roman Schmidt-Radefeldt  
Die Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im EU-Verfassungsvertrag: Auf dem Weg zu einer europäischen Armee? April 2005
- 14 Henrike Paepcke  
Another U.N. Secretary-General soon Decapitated? Mai 2005
- 15 Babak Khalatbari  
Der Nahe Osten, Nordafrika und die Europäische Union. Mögliche Entwicklungsszenarien und ihre Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft Juni 2005
- 16 Dustin Dehéz  
Ein neuer Krieg am Horn von Afrika? – Die vergessene Friedensmission an der Grenze zwischen Äthiopien und Eritrea September 2005

---

17	Cornelia Frank Polens Sicherheitspolitik in der Transformation	Oktober 2005
18	Dustin Dehéz Somalia vor der Rückkehr der Übergangsregierung – Eine Anleitung zum Scheitern äußerer Interventionen	Oktober 2005
19	Glenn Gassen Finnland und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)	April 2007
20	Marwan Abou-Taam Terrorismus – die Operationalisierung eines Begriffs	Mai 2007
21	Rana Deep Islam Education in Afghanistan - A Requirement for Assuring Security an Development	November 2007
22	Klaudia Köhn Česka Republika, Die Tschechische Republik im Überblick	Februar 2008
23	Florian Schröder Länderstudie Republik Polen	März 2008
24	Dominik Kneer Länderstudie Indonesien	März 2008
25	Stefanie Magin, Michael Schwarz Internationale Migrations- und Flüchtlingspolitik und die Asylpolitik westlicher Länder	März 2008
26	Cornelia Albert Länderstudie Lettland	März 2008
27	Philipp Schweers Still a "Civilian Power" - The changing approach in German Security Policy after 1990	März 2008
28	Mark Hauptmann Länderstudie Volksrepublik China	März 2008
29	Rana Deep Islam The Accession of Turkey to the European Union	Mai 2008
30	Mark Hauptmann Die chinesischen Interessen in den Sechsparteiengesprächen	Mai 2008
31	Kati Jensch Die Entwicklung der Auslandsinvestitionen in Argentinien nach der Wirtschaftskrise 2001	Juni 2008
32	Julia Kaazke Sicherheits <i>shalber</i> Umweltschutz?!	Juni 2008
33	Dr. Christian Wipperfürth Russland - Zentralasien - Afghanistan: Ein Beziehungsgeflecht	Juni 2008
34	Stefan Haid Why President Obama Should Read Thucydides	November 2008
35	Oliver Schmidt Assessing the reasons for a US Ballistic Missile Defence	November 2008
36	Marwan Abou-Taam Die djihadistische Gruppe und die Suche nach Identität	Dezember 2008

- 
- |    |   |               |
|----|---|---------------|
| 37 | Philipp Schweers<br>India and Pakistan: Trapped in a security paradox?  | Dezember 2008 |
| 38 | Philipp Schweers<br>The Privatized Military Industry - Legal black hole or lucky chance?                                      | January 2009  |
| 39 | Christopher Radler<br>Islamistisch motivierte Selbstmordattentate als „Rituale der Moderne“?                                  | Februar 2009  |
| 40 | Christopher Radler<br>Suicide Attacks Driven by Islamic Fundamentalism as “Rituals of Modernity?”                             | April 2009    |
| 41 | Sabine Schulz<br>Kambodscha- die Aufarbeitung des Massenmordes  | Juni 2009     |
| 42 | Sabine Schulz<br>The Khmer Rouge Tribunal in Cambodia<br>Internationalized Prosecution of the Mass Murder                     | Juli 2009     |
| 43 | Vinzenz Himmighofen<br>United Nations Mission to Afghanistan – Zwischen humanitären Prinzipien und der Erfüllung des Auftrags | November 2009 |

*DIAS ANALYSEN stehen unter <http://www.dias-online.org/31.0.html> zum Download zur Verfügung.*

**Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik**

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,  
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, [www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)